

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift - aktuell -

Präsident Bush auf Deutschland-Besuch

Danke, Mr. President, wir haben verstanden - Die Botschaft der Freiheit ist unmissverständlich!

Mr. President, wir haben die Ansprachen noch im Ohr, mit denen Sie zum Beginn Ihrer zweiten Amtszeit Ihre Politik erläutert, Ihren Taten im Irak und anderswo also die passenden Worte programmatisch hinzugefügt haben. Wir haben verstanden: Sie als Führer der Weltmacht stehen für *die Freiheit und ihren Export* ein; dabei liefern Sie uns interessante Auskünfte, worum es bei der Sache der Freiheit geht.

In Ihrer Antrittsrede z.B. lassen Sie uns wissen: *"Das Überleben der Freiheit in unserem Land hängt immer mehr vom Erfolg der Freiheit in anderen Ländern ab. Die beste Hoffnung für Frieden in unserer Welt liegt in der Ausbreitung von Freiheit überall in der Welt."*

- Sie sehen Ihre Nation und deren freiheitliches System als bedrängt an. Eine schöne Bedrängnis, wenn daraus nichts weniger folgt, als dass der komplette Rest der Welt, Staatsführungen wie Völkerschaften, als Front und Hilfstuppe für den Freiheitskampf der USA zur Verfügung zu stehen hat. Aus dieser Anspruchshaltung, die Ihnen so sonnenklar erscheint, darf man doch wohl zweierlei folgern: Erstens sind die USA genau deshalb überall betroffen, weil sie mit ihren Interessen - an staatsdienlichem Kapitalwachstum, an ausnutzbaren politischen Beziehungen, an militärischer Kontrolle - längst bis in den letzten Erdenwinkel erfolgreich *eingemischt sind*. Zweitens fassen die USA dieses Programm globaler Erst- und Letztzuständigkeit, das die Welt zur amerikanischen Interessenssphäre herrichtet, als *ihren nationalen Besitzstand* und als *ihr selbstverständliches Recht* auf.

Wo Sie, Mr. President, dieses Recht verletzt sehen - anders ausgedrückt: wo die von Führern der Freiheit überall auf dem Globus eingerichteten Verhältnisse von Armut und Gewalt antiamerikanische Umtriebe hervorrufen -, da nehmen Sie sich die Freiheit, die Träger dieses Antiamerikanismus zu beseitigen. Ihre Nation befindet darüber, welcher auswärtigen Herrschaft wie viel von den Gewaltmitteln zusteht, über die Amerika in konkurrenzlosem Umfang gebietet; und dass ein US-Diktat in Sachen Waffen ein *Kriegsprogramm* darstellt - das haben Sie am Irak bewiesen und stellen es jetzt dem Iran in Aussicht. Sie sagen es selber, Mr. Oberbefehlshaber: *Sie* wollen erst Frieden geben, wenn Ihre "Schurken"-Liste abgearbeitet ist. Wir nehmen zur Kenntnis:

Freiheit ist erstens der gewaltsame Ersatz antiamerikanischer durch proamerikanische Herrschaft.

- Bei *"der Ausbreitung von Freiheit überall auf der Welt"* als Amerikas Friedensbedingung haben Sie, der World Leader, ein unverschämt gutes Gewissen. Ganz ohne irgendeinen Erdenbürger gefragt zu haben, haben Sie der Menschheit den *"Traum der Freiheit"* und den Wunsch abgelauscht, sich von *"der Tyrannei"* zu befreien. Dass man sich dabei nicht darauf verlassen, also nicht darauf warten darf, dass die Völker ihren tiefsten Wunsch bemerken und selber in die Hand nehmen, ist Ihnen von vorneherein klar. Wie praktisch, dass ‚god’s own country‘ nicht bloß Freiheitsdrang, sondern auch die

überlegene Militärgewalt sein Eigen nennt, um der Menschheit ihre Freiheit einzubläuen. (*"Zum Glück ist unser Einfluss bedeutend, und wir werden ihn im Einsatz für die Freiheit selbstbewusst anwenden."*). Dieses Ihr „Selbstbewusstsein“ als Vorsteher des erfolgreichsten Freiheitsladens aller Zeiten speist sich aus Gewaltmitteln und Gewaltbereitschaft - und es schließt die Überzeugung ein, dass die mit Freiheit und Demokratie beglückten Völker nie mehr eine gegen den weltweiten Paten der Freiheit gerichtete Bestrebung zulassen.

Freiheit heißt also zweitens: Die USA teilen anderen Nationen nicht nur das Ausmaß ihrer äußeren Gewaltmittel zu, sondern schreiben ihnen auch eine Methode zur Organisation ihres ganzen politischen Innenlebens vor, die Loyalität zu Amerika verbürgen soll.

- Die lieben Völker, die frei sind oder zur Befreiung anstehen - was *dürfen* und was *können* die denn eigentlich? Auch hierüber lassen Sie, Mr. President, niemanden im unklaren, wenn Sie bei jeder Gelegenheit die *"freien Institutionen"* von der Familie bis zum Privateigentum lobpreisen, die im Freiheitsstall USA so vorbildlich verwirklicht sind. Die Leute sind frei: Beim Beten, wo jeder sich einen höchstpersönlichen Jenseits-Reim aufs irdische Jammertal plus die Gottgefälligkeit des eigenen Staats machen darf. Beim Wählen, wo jeder sich den "Leader" seines Geschmacks aussucht und alle der "Leadership" des Gewählten unbedingten Gehorsam schulden. Beim Arbeiten, wo die meisten zum Leben auf die Kalkulationen der Businessmen (samt -women) angewiesen sind, die aus der Freiheit ihres Eigentums Kapital schlagen. Also auch beim Arbeitslos-Sein, wo hiesige Armutsverwalter sich ihr "Hartz IV" vom Pionier Amerika abgeschaut haben.

Und wenn, wie im Irak, mit der Tyrannei auch die materiellen Lebensbedingungen weggebombt worden sind und für das dortige Volk weder Arbeitsplätze noch verwaltete Arbeitslosigkeit vorgesehen sind, da hat eben der Genuss des Höchstwerts Freiheit ganz ohne sonstigen Nährwert auszukommen. Für Dankbarkeit gegenüber Amerika muss das allemal reichen.

Die Freiheit betrifft also drittens das Leben und Arbeiten, das Aushalten des Elends, das Beten und Wählen, wie es der demokratische Kapitalismus vorgesehen hat, inzwischen für den ganzen Globus. Und das Recht seiner Veranstalter auf die Gefolgschaft ihrer damit beglückten menschlichen Manövriermasse.

Uns kommt es so vor, Mr. President, dass Sie (und Ihre hiesigen Kollegen) ein bisschen sehr verwöhnt sind durch die Bravheit Ihrer Untertanen, die den sprichwörtlichen "Pursuit of Happiness" offenbar höher veranschlagen als die Happiness, die sie dabei abkriegen.

- Sie, Mr. President, versichern den europäischen Verbündeten, denen Sie gerade die Ehre geben: *"Wir brauchen Ihren Rat, und wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen"* und fügen gleich die Warnung an: *"Uneinigkeiten zwischen freien Nationen sind das Hauptziel der Feinde der Freiheit"*. Damit liefern Sie uns einen sachdienlichen Hinweis auf die Qualität von Bündnisbeziehungen zu Ländern, in denen die Prinzipien von freedom & democracy denselben Respekt genießen, wie in Ihrem Reich der Freiheit, und die es damit zum Status veritabler imperialistischer „Mittelmächte“ gebracht haben. Sie, Mr. Bush, wissen, dass Ihre *Partner* beim profitablen Ausnutzen und militärischen Beaufsichtigen der "einen Welt", die sich dabei auf die Macht der USA abstützen, zugleich als *Konkurrenten* unterwegs sind – Konkurrenten, denen eben die Macht der USA ein Ärgernis ist, weil diese deren gleichgelagerten imperialistischen Ambitionen immer noch die Geschäftsordnung diktiert. Schon gleich, wenn Sie mit dem von Ihnen ausgerufenen "Weltkrieg gegen den Terrorismus" die Tagesordnung der Gewaltaffären reichlich "unilateral" bestimmen. Zu Ihren Hauptpflichten als Weltmeister der Freiheit gehört somit, auch Kaliber vom Schlage Deutschlands auf den korrekten Gebrauch ihrer immerhin beträchtlichen Macht festzulegen.

Freiheit bedeutet also viertens die Kontrolle des Gewalthaushalts der imperialistisch zugerichteten Welt auf seiner obersten Etage: es gilt den „partners in leadership“ klar zu machen, wer allein zu leadership befähigt und berufen ist.

PS. Mit welchen Parolen Bush-Gegner nicht demonstrieren sollten

Über George W. Bush kursieren Auffassungen, vor denen wir ihn in Schutz nehmen müssen - weil sie nämlich den Tatbestand der *Verharmlosung* dieser Figur erfüllen und der Sache, für die sie einsteht.

- Nein, dem Mann geht es nicht um Öl *anstatt* um Freiheit und Demokratie, so dass er niedriger Motive zu zeihen und Freiheit und Demokratie gegen ihn hochzuhalten wären. Bush weiß, wie Öl und Freiheit zusammenpassen. Freiheit umschreibt nämlich das *umfassendste imperialistische Interesse*, das überhaupt denkbar ist: Die USA erstrecken die Geschäftsfreiheit ihrer Kapitalisten und ihre staatliche Entscheidungsfreiheit in jeden Winkel der Erde; sie arbeiten daran, dass alle sonstigen Machthaber sich zuverlässig auf die Erfolgsprinzipien der Weltmacht ausrichten - egal, was diese Machthaber davon haben, geschweige denn ihre Völker!

- Bush und Co sind also auch nicht einer "neoliberalen" Verblendung erlegen, die von der Weltwirtschaft nur noch „Turbo“kapitalismus und ähnliche Entartungen übrig gelassen hätten. Sie haben es vielmehr ziemlich weit gebracht bei der Zurichtung des Globus zur Geldquelle für Unternehmer und zur Machtquelle für Führungsnationen – sie betreiben eben *Kapitalismus* und sonst nichts. *Dafür* spannen sie die ganze Welt ein – mit allen ruinösen Folgen.

- Nein, dieser Mann hat kein "einfaches Weltbild aus gut und böse", das der "Komplexität der Globalisierung nicht gerecht" würde. Erfolgreicher Imperialismus hängt nicht von Intelligenzbestien in Führungspositionen ab, sondern von der *Macht*, die ein Führer aufzubieten hat. Ein Bush hat so viel Geld und Gewalt aufzubieten, dass er sich immerzu auf "die Geschichte" berufen kann, die *er macht*. Umgekehrt passt das Bedenkenträgerwesen, das laufend auf "Schwierigkeiten" und "komplizierte Lagen" deutet, besser zu den Führern des "alten Europa": Denen gehen zu ihrem Leidwesen die Machtmittel (noch) ab, mit denen die USA die Lage *herstellen*, über die andere dann nachsinnen müssen. Kurz: Mr. President "macht es sich" nicht etwa "zu einfach", er *hat* es einfach - nämlich die Gewalt, die einzige Sprache, die auch seine Konkurrenten Schröder und Chirac verstehen.

Es verbietet sich also die Chefs des „alten Europa“ quasi als Bündnispartner beim Protest gegen das globale Regime von Geschäft und Gewalt vereinnahmen zu wollen. Da würde man glatt den Bock zum Gärtner machen.

- Von wegen, George W. Bush würde anderes wollen, als er sagt, und das hohe Gut Freiheit vorschützen - er leistet vielmehr Aufklärung über die Kosten, ohne die die Freiheit nun einmal nicht zu haben ist!

Die Weltmacht will die Welt verbessern

"Demokratie, Marktwirtschaft, Menschen- und Frauenrechte" für ‚Middle East‘; "Freiheitsliebe, Herrschaft des Rechts und freier Handel" für Lateinamerika!

Mit Projekten, die unter so hochtönenden Titeln daherkommen, beglücken US-Präsidenten seit jeher, und die aktuell regierenden anti-terroristischen Weltverbesserer schon gleich, gerne die verschiedensten Problemzonen auf dem Globus. Je gewaltsamer und je durchgreifender sie auswärts ans Werk gehen, desto nachdrücklicher bekennen US-Regierungen sich zu dem Ziel, die Freiheit zu sichern, die Herrschaft des Rechts durchzusetzen und überhaupt die Welt zu einem 'better place' zu machen.

Und zwar vor allem und besonders gründlich da, wo sie die größten Mängel entdecken: Die *arabisch-islamische Staatenwelt zwischen Marokko und Afghanistan* ist aus amerikanischer Sicht dadurch definiert, dass in ihr ein aktionsfähiger militanter Antiamerikanismus zu Hause ist; dagegen geht die US-Regierung vor. Mit militärischer Gewalt, wo nötig; darüber hinaus mit einer umfassenden Reform-Offensive, die auf den Transfer marktwirtschaftlicher Tugenden, demokratischer Sitten und bürgerlicher Rechtsgrundsätze in diese Problemregion zielt. Mit ihrer 'Middle East Partnership Initiative' (MEPI) und etlichen zusätzlichen bi- und multilateralen Reformprogrammen für die arabisch-islamische Staatenwelt nimmt sich die aktuelle US-Regierung da mal wieder etwas Besonderes vor.

Aber auch mit den Ländern *Lateinamerikas* sind die Vereinigten Staaten prinzipiell unzufrieden. Statt wunschgemäß zu funktionieren, machen manche Staaten bankrott; andere oder sogar dieselben geben

sich widerspenstig; das Elend treibt Wirtschaftsflüchtlinge über den Zaun an der Südgrenze der USA; illegitime Kräfte verdienen mit Rauschgift am "American Dream"; schwache Regierungen stellen im Zeitalter des globalen "Kriegs gegen den Terrorismus" ein untragbares Sicherheitsrisiko dar. Außerdem mischen sich Europäer und Ostasiaten ungebeten und über Gebühr ein. Und das alles in einer – *der* – angestammten *Hemisphäre* der USA. Also macht sich Washington daran, diesen *Besitzstand eigener Art* gegen jede Gefährdung zu verteidigen und gegen jede Infragestellung abzusichern. Dementsprechend geht es dort zu Werk.

Der **GegenStandpunkt** analysiert

Die Weltordnungsmissionen der USA im Nahen Osten und in Lateinamerika

GEGENSTANDPUNKT

Demokratie, Marktwirtschaft
und Menschenrechte für „Middle East“:

Die Weltmacht

will die Welt verbessern

Das demokratische Afghanistan

– **ein Vasallenstaat neuen Typs**

USA und Lateinamerika

**Die amerikanische Vormacht betreibt
die Neuausrichtung der Region**

Putins Sozialreformen

Die Arbeit an der sozialen Frage
im neuen Russland

Politische Vierteljahresschrift 4-04

**Die Sanierungsfälle Opel, VW, Karstadt
Missmanagement –
und wie es korrigiert wird!**

Aufruhr bei Opel, Warnstreiks bei VW -

**Radikale Kompromissbereitschaft gegen
die Kompromisslosigkeit des Kapitals**

Jassir Arafat † / Geiselnahme in **Beslan** /

Erfolge von **PDS und Rechtsradikalen**: Ende

des demokratischen Konsens / Die Debatte um

den **Mindestlohn** / **Anstandsregeln** für

Kaffeekonzerne / **Flüchtlingslager** in

Nordafrika / **Hartz IV**: Wie bringt man

„erwerbsfähige Hilfsbedürftige“ „in Arbeit“ –

und wozu? /

Literaturnobelpreis für **Elfriede Jelinek**

erhältlich im Buchhandel und beim Verlag

gegenstandpunkt@t-online.de

www.gegenstandpunkt.com

V.i.S.d.P.: B. Schumacher, GegenStandpunkt Verlag, Türkenstraße 57, 80799 München

